

# Mehr Kulturpolitikforschung

## Konzeptionsstudie des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft



Dr. Norbert Sievers ist Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. in Bonn

Die Kulturpolitische Gesellschaft bemüht sich seit Jahren mit ihrem Institut für Kulturpolitik (IfK) um eine Intensivierung der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung und hat dafür zahlreiche Begründungen und Ideen geliefert.<sup>1</sup> Jetzt kann sie diese in einer Konzeptionsstudie weiterentwickeln. Ein vom Land Nordrhein-Westfalen gefördertes Projekt gibt ihr dazu die Möglichkeit. Gestützt auf das Kulturfördergesetz und in enger Verbindung mit der gesetzlich vorgeschriebenen Erstellung des Landeskulturberichtes sollen in den nächsten zwölf Monaten konzeptionelle Grundlagen für eine Kulturpolitikforschung geschaffen werden.<sup>2</sup> Das IfK kann dabei auf Erfahrungen im Zusammenhang mit der Erstellung des ersten Landeskulturberichtes zurückgreifen, an dem es maßgeblich beteiligt war.

### Ziele und Aufgaben der Konzeptionsstudie

Die Studie dient vornehmlich dem Ziel, die konzeptionellen Voraussetzungen für den Aufbau einer anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Dabei geht es um die Entwicklung einer Forschungsagenda und um die Umsetzung einzelner Maßnahmen. Konkret stehen dabei folgende Aufgaben im Fokus:

- Vorhandenes Wissen erfassen, aufbereiten, dokumentieren und vermitteln

Trotz der defizitären Lage der Kulturpolitikforschung beginnt diese in Nordrhein-Westfalen nicht bei Null. Es gibt zahlreiche Studien und Expertisen

<sup>1</sup> Siehe dazu das Heft 155 IV/2016 der Kulturpolitischen Mitteilungen mit dem Schwerpunkt »Kulturpolitikforschung: 20 Jahre Institut für Kulturpolitik in Bonn«

<sup>2</sup> Ein erhebliches Landesinteresse daran ist bereits durch die Bestimmungen und die Intention des Kulturfördergesetzes (vor allem in § 25 Abs. 2 Landeskulturbericht) gegeben. In den Erläuterungen dazu heißt es, dass eine »solide Basis von Daten und Fakten« erforderlich ist, die im Zusammenhang mit dem Landeskulturbericht erhoben werden sollen (s. MFKJKS 2014: 82f.).

von universitären und außeruniversitären Einrichtungen (auch: Masterarbeiten, Dissertationen und Fachartikel) zu den verschiedensten Themen, die jedoch oft nicht hinlänglich bekannt und für kulturpolitische Fragen aufbereitet und dokumentiert sind. Es ist daher notwendig und sinnvoll, zu diesen Wissensbeständen systematische Zugänge zu schaffen und deren Ergebnisse an interessierte Personen und Institutionen zu vermitteln. Eine Aufgabe der Studie wird deshalb darin bestehen, dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Gemeint ist damit der Aufbau einer Forschungsdatenbank und eines Mediums (z.B. Forschungsnewsletter), um den Zugang zu den Informationen zu erleichtern.

- Akteure und Strukturen der Kulturpolitikforschung recherchieren und bündeln

Es gibt in Nordrhein-Westfalen derzeit nur wenige universitäre oder außeruniversitäre Institute, die sich explizit der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung widmen. Aber es gibt eine Reihe von Einrichtungen, die am Rande dieses Forschungsfeldes angesiedelt sind und sich gelegentlich mit Forschungsfragen befassen, die auch für eine anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung von Interesse sind. Im Sinne einer Gesamtstrategie ist es sinnvoll, diese Infrastrukturen und deren Expertisen zu nutzen, indem Strukturen der Koordination und Kooperation aufgebaut werden, um dadurch synergetische Effekte zu erzielen. Im Rahmen der Studie werden dafür die Voraussetzungen geschaffen durch die Recherche der infrage kommenden Akteure und ggf. durch die Initiierung eines landesweiten Forschungsverbundes Kulturpolitik.

- Instrumente und Methoden der Kulturpolitikforschung NRW dokumentieren und entwickeln
- Anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung braucht gute wissenschaftliche Instrumente. Es sollte an einer Verbesserung der Instrumente

gearbeitet werden. Deshalb wird die Methodendiskussion und -entwicklung ein konstitutiver Baustein der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung werden. Nicht zuletzt im Kontext der aktuellen Kulturentwicklungsplanungen sind neue Instrumente wie Netzwerkanalysen oder Infrastrukturmapping sowie diskursive Beteiligungsverfahren erarbeitet und angewandt worden, deren weitere Entwicklung und Vermittlung sinnvoll wäre. Im Rahmen der Konzeptionsstudie werden diese Instrumente in einem Baukasten zusammengestellt und für die Beratung und Qualifizierung von kommunalen Kulturentwicklungsprozessen aufbereitet.

- Indikatorenbasiertes Kulturmonitoring entwickeln

Landeskulturpolitik, die die ganze Kulturlandschaft in den Blick nehmen will, braucht ein verlässliches Instrument zur Beobachtung der Entwicklungen im Lande. Möglich wäre dies durch ein indikatorenbasiertes Monitoringsystem, das sich auf statistische Daten stützt. Mit der Erstellung des ersten Landeskulturberichtes NRW sind dafür bereits einige Voraussetzungen geschaffen worden. Daran ansetzend werden im Rahmen der Studie die konzeptionellen Anforderungen an ein solches System eruiert und beschrieben. Diese werden ausgewählte Kennzahlen enthalten, anhand derer bestimmte Entwicklungen im kulturellen Bereich angezeigt werden könnten. Als thematische Bereiche sind dafür vorgesehen: Infrastruktur / Bestand, Angebote / Formate, Teilhabe / Nutzung, Beschäftigung / Arbeitsplätze, Finanzen / öffentliche Zuwendungen. Sie waren bereits im ersten Landeskulturbericht die wichtigsten empirischen Referenzthemen.

- Mittelfristige Agenda für eine anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung entwickeln

Anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung macht nur einen Sinn, wenn sie längerfristig angelegt wird. Dafür bieten die im Kulturförderge-

setz enthalten Instrumente Landeskulturbericht, Kulturförderplan und Kulturförderbericht einen hervorragenden Rahmen und die neuen Mittel für Kulturpolitikforschung im Landeskulturhaushalt<sup>3</sup> eine konkrete Realisierungschance. Notwendig ist jetzt eine verabredete Agenda der Forschungsfragen, eine Vereinbarung zu den Prioritäten, die Überprüfung, ob das notwendige methodische Rüstzeug und die benötigten Kompetenzen zur Verfügung stehen, eine Umsetzungsplanung und das Vorhandensein der erforderlichen finanziellen, personellen und institutionellen Voraussetzungen. Notwendig sind also eine Forschungsstrategie und ein mittelfristiges Forschungsprogramm, für die im Rahmen der Studie eine inhaltliche Struktur entwickelt werden soll.

- Kulturpolitik wissenschaftlich diskutieren

Die Ergebnisse der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung entfalten ihre Wirkung im kulturpolitischen Prozess vor allem dann, wenn sie mit den Akteuren diskutiert werden. Aufgrund der im Kulturfördergesetz angelegten gesellschaftspolitischen Orientierung der Landeskulturpolitik empfiehlt es sich, mit dieser Diskussion Anschluss zu gewinnen an die gegenwärtigen gesellschaftstheoretischen Diskurse und Problemanalysen. So könnte im Rahmen eines Kongresses im Jahr 2018 die Kulturpolitik auf ihr gesellschaftspolitisches Potenzial hin befragt werden. Ferner sollten die Ergebnisse des ersten Landeskulturberichtes dabei eine Rolle spielen. Es ist vorgesehen, im Rahmen des Projektes für einen ersten Kongress dieser Art eine Konzeption und ein Programm zu entwickeln. Der Kongress soll den Auftakt bilden für ein neues diskursives Format, das der Bedeutung der Landeskulturpolitik in der neuen Legislaturperiode Rechnung trägt. ■

<sup>3</sup> 300.000 Euro sind im Landeshaushalt NRW 2017 für diesen Zweck eingestellt worden.

## Bürgerlich-liberale Widersprüche

»... die Protest-Politik der bürgerlichen Mittelschichten beruft sich zwar auf demokratische Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, mobilisiert in Wirklichkeit allerdings das ihr zur Verfügung stehende Kapital (Bildung, soziale Netzwerke, relative materielle Sicherheit, Zugang zu politischen Institutionen etc.) vor allem, um privilegierte und kaum nachhaltige Lebensformen und Selbstverständnisse zu verteidigen.« (24) »Dabei geht der kategorische Imperativ des ›Weiter so‹ ... keineswegs nur von den systemrelevanten Institutionen (z.B. den Banken) aus, sondern ebenso sehr von den Glücksvorstellungen, Selbstverwirklichungsidealen und Verständnissen von Lebensqualität, die moderne Bürger für selbstverständlich und nicht verhandelbar halten. Es ergibt sich also für den einzelnen Bürger und für kollektive Akteure ein tiefer Widerspruch zwischen der rationalen Einsicht in die fundamentale Nicht-Nachhaltigkeit der bestehenden Verhältnisse und der festen Entschlossenheit zu deren Verteidigung.« (251)

Ingolfur Blühdorn: Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin: Suhrkamp 2013